

Dienstag der 26. September. Guten Morgen. Zum Frühjournal begrüßt sie Martha Georgiew. Heute mit diesen Themen. In der EU wird es künftig keine strengeren Abgasregeln geben. Darauf haben sich die Mitgliedsstaaten geeinigt. Es bleibt fast alles beim Alten. Weniger als erwartet, so die Reaktion der Wirtschaft auf die Forderung der Metaller. Sie wollen ein Gehaltsplus von 11,6%. Wo ist der neue Corona-Impfstoff? In vielen Arztpraxen ist er noch immer nicht verfügbar. Und die Zahl am Psychiatrieplätzen geht in Österreich weiter zurück. Zuerst ein Blick aufs Wetter. Gunda Schola, bitte. Der Spätsommer meldet sich zurück. Größten Teil scheint heute den ganzen Tag die Sonne. Doch gibt es bzw. kann auch noch Nebel oder Hochnebel einfallen. Und zwischen dem Flachger und dem Waldviertel sind Zehen, Nebel und Hochnebefelder dabei. Meist kommt aber auch hier im Lauf des Vormittags die Sonne durch. Zwischen den Karawanken und dem Wechsel sind ab und zu auch etwas mehr Wolken unterwegs. Ein paar Regentropfen sind im Südosten auch nicht ganz auszuschließen. Zeitweise mäßiger in Ober- und Niederösterreich, sowie im Norden der Steiermark auch lebhafter vöniger Südostwind. Und die Höchstärke 20 bis 27, vielleicht auch 28 Grad, am wärmsten wird es zwischen dem Ausseerland und dem Mostviertel. Und momentan in Wien 10 bis 15 Grad, Eisenstadt 14, St. Pölten und Linz 13 Grad, Salzburg 10, Innsbruck 8, Prägens 9, Grad 10 und Klagen vor 12 Grad und 3 Grad in St. Jakob in Osthirol, 4 in Thannheim, 5 in Radstadt. Vielen Dank, Gunther Schuller. Es sind gute Nachrichten für die Autoindustrie, für die Umwelt eher nicht. Die EU-Staaten haben sich in Brüssel auf die neue Abgasnorm Euro 7 geeinigt. Die ist aber deutlich weniger ambitioniert, als von der EU-Kommission eigentlich geplant war. Die Grenzwerte für den Ausstoß von CO₂ und Stichoxygenen werden kaum angetastet. Bei PKW bleiben die Vorgaben sogar fast auf dem Niveau der alten Abgasnorm Euro 6. Nur für LKW werden die Werte strenger. Die EU-Falle vor der Autoindustrie auf die Knie kritisieren Umweltaktivisten. Aus Brüssel berichtet Raffaella Scheidreiter. Abgasvorschriften, ähnlich wie bei Euro 6, erstmals kommen allerdings Vorgaben zu Feinstaub, Bremsen und Reifenabrieb und der Batteriedauer in E-Autos. Der Kompromiss der EU-Länder deutlich schwächer als der Vorschlag der EU-Kommission. Vor allem Frankreich und Italien haben die Ambition gedrückt. Sie meinten, schärfere Abgasregeln würden Autobauern nur hohe Kosten verursachen, wo der Ausstieg von Verbrennungsmotoren doch eigentlich beschlossene Sache sei. Österreichs Wirtschaftsminister Martin Kocher von der ÖVP hat sich bei der Abstimmung in Brüssel enthalten, denn der ebenfalls für das Vorhaben zuständigen grünen Umweltministerin Leonore Gebessler war der Kompromiss zu wenig ambitioniert. Umweltorganisationen sprechen von einem Beweis dafür, dass die grünen EU-Ziele unter Druck geraten.

Sie haben, sollen für Neuzulassungen ab 2025 gelten, zuvor folgen allerdings noch Verhandlungen mit dem EU-Parlament.

Vellig überzogen, aber trotzdem weniger als erwartet.

So reagiert die Industrie auf die Forderung der Metaller Gewerkschaften.

Sie wollen ein Gehaltsbluss von 11,6 Prozent,

wie Sie es gestern beim Auftakt der Lohnverhandlungen in Wien verkündet haben.

Die Inflation der vergangenen 12 Monate würde damit also abgegolten, sie liegt ja bei 9,6 Prozent.

Die Wirtschaftsexperten von WIFO und IHS halten die Forderung der Metaller jedenfalls für angemessen.

Volker Obermeier berichtet.

Nachvollziehbar nennt das WIFO die Forderung der Arbeitnehmervertreter.

IHS-Chef Holger Bonin bezeichnet sie in der ZIP2 als niedrig gemessen an den Erwartungen.

Denn Gewerkschaften gehen es darum, Reallohnverluste der vergangenen Monate zu kompensieren.

Wenn man es nicht täte, dann würde die Konjunktur unter Druck geraten,

weil eben der private Konsum unter Druck gerät.

Bonin verweist gleichzeitig auf die Lage der Metallindustrie.

Aufträge würden weniger.

Sie kämpfen damit, international Wettbewerbsweg zu bleiben.

Bei den Verhandlungen gelte es, eine Balance der Interessen zu finden.

Die Anfangsforderung der Gewerkschaft, Sprechende für einen moderaten Abschluss, sagt der IHS-Chef.

Die Arbeitgeber haben noch kein Angebot vorgelegt.

Die Position der Gewerkschaften bezeichnen sie als überzogen.

Und eben morgen, Journal um sieben, analysieren wir das Ganze mit dem Lohnexperten Benjamin Bitschi

vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO.

Mein Kollege Paul Schiefer fragt ihn da, welche Kompromisse bei den Metallländern möglich wären, Stichwort Arbeitszeitverkürzung oder sechste Urlaubswoche.

Und wir kommen ins Ausland.

In der Kaukasusregion Bergkarabach, die vergangener Woche in einer Blitzoffensive von Assarbaidschan

eingenommen wurde, herrscht totales Chaos.

Die mehrheitlich-armenische Bevölkerung wird seit Monaten unterdrückt.

Es gibt kaum noch Lebensmittel und Treibstoff.

Viele verlassen die Region.

Tausende Menschen sind bereits nach Armenien geflohen.

Am Abend ist in Bergkarabach ein riesiges Treibstofflager explodiert.

Warum ist nicht klar?

Hunderte Menschen sind verletzt.

Auch Tote soll es geben.

Karin Koller berichtet.

Auf Amateuraufnahmen in den sozialen Medien ist eine riesige Rauchsäule zu sehen.

Ein Treibstoffdepot, nahe Steppener Kert.

War am Abend explodiert.

Hunderte Menschen sollen schwer verletzt worden sein.

Wie der Menschenrechtsombudsmann der Region, Gechern Stepanian, twittert, ist das Krankenhaus von Steppener Kert, der Hauptstadt von Bergkarabach, völlig überlastet.

Stepanian fordert, dass die verletzten Rasches ausgeflogen werden.

Hilfe von außen hat Assarbaidshchan bisher aber nicht zugelassen.

Zum Zeitpunkt der Explosion waren sehr viele Menschen beim Treibstoffdepot für Pinzin angestanden, weil sie mit ihren Autos von Armenien fliehen wollten.

Seit die Assarbaidshchanische Armee, die mehrheitlich von Armenien bewohnte Region Bergkarabach eingenommen hat,

versuchen hunderttausende Armenier, Assarbaidshchan zu verlassen.

Frankreich und Italien wollen in Sachen Migration stärker kooperieren und Druck auf die anderen EU-Länder aufbauen.

Dieser Schulterschluss kommt überraschend.

Erst vor wenigen Tagen hat Frankreich noch seine Grenzkontrollen hochgefahren nachdem tausende Flüchtlinge auf der italienischen Insel Lampedusa angekommen sind.

Aus Paris berichtet Cornilla Primosh.

Die gegenseitigen Stichelein und Schuldzuweisungen sind beendet.

Frankreich und Italien wollen angesichts der Flüchtlingsankünfte zusammenarbeiten, wie Außenministerin Catherine Colonna,

beim Empfang ihres italienischen Kollegen in Paris festhält.

Wir sind rundum solidarisch mit Italien.

Die Flüchtlingsankünfte erfordern eine europäische Antwort.

Gemeinsam wollen Paris und Rom nun Druck auf die anderen EU-Staaten, aber auch auf die Herkunfts- und Transitländer ausüben.

Antonio D'Aianni setzt auf das Gewicht Frankreichs und Italiens.

Dabei hatte Frankreich der italienischen Premierministerin Giorgio Meloni noch im Mai Unfähigkeit in der Migrationspolitik vorgeworfen.

Nun kündigt sich ein Ende der politischen Eiszeit an.

Zurück nach Österreich.

Die Corona-Fälle nehmen wieder zu.

Das zeigen Garten aus dem Abwasser deutlich.

Aktuell befinden wir uns auf dem Niveau von Mitte April, teilte das Gesundheitsministerium gestern mit.

Dem kommenden Winter sieht Gesundheitsminister Johannes Rauch aber gelassen entgegen.

Man habe einen besseren Überblick als letztes Jahr zu Rauch und erruft die Menschen zur Corona-Impfung auf.

So einfach ist das aber nicht.

Teilweise gibt es erst im November wieder freie Termine.

Die Ärzte kann man kritisiert,

dass viele Ärzte noch keinen Impfstoff bekommen haben.

Mehr von Victoria Waldegger.

120.000 Injektionsflaschen mit dem angepassten Corona-Impfstoff

seien bereits in Österreich angekommen,
heißt es aus dem Gesundheitsministerium.
Das Reiche für mehr als 600.000 Impfungen.
Seit knapp zwei Wochen werden die Impfstoffe
auf die Bundesländer verteilt, sagt Andreas Windischbauer,
Broschenvertreter der Pharma-Großhändler.
Seit 14.09. liefern wir den neuen Impfstoff die XBB aus.
Knapp 80.000 Impfstoffdosen sind damit ausgegangen.
Zum Teil werden die Impfstoffe direkt
an die Ordination der Ärzte geliefert,
zum Teil an die Apotheken, die sie dann weiterleiten.
Nach fast drei Jahren mit Covid-Impfungen
haben sich Transport und Lagerung eingespielt,
sagt Windischbauer.
Und anders als zu Beginn der Pandemie,
geben es jetzt ausreichend Impfstoff.
Also Impfstoffknappheit werden wir nicht haben.
Nur bei den Impfterminen hat auch der Gesundheitsminister
die Ärztinnen und Ärzte bereits gemahnt.
Und psychische Probleme haben seit der Corona-Pandemie
hierzulande deutlich zugenommen,
vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
Jedoch gibt es für die Betroffenen immer weniger
Fachärztinnen und Fachärzte und Behandlungsplätze.
Barbara Reichmann mit den Einzuleiten.
Nicht schlafen können, Essstörungen, Angstzustände.
Wer sich aufrafft, um zum Arzt zu gehen,
muss oft Monate auf einen Termin warten,
sagt Johannes Wandschatter, Professor für Sozialpsychiatrie
an der Medizin Uni Wien.
Das ist dreieinhalb Monate dauert, bis man einen Termin bekommt.
Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt,
dass in Österreich immer weniger Medizinerinnen und Mediziner
einer steigenden Zahl von Betroffenen gegenüberstehen.
Zum Beispiel haben wir in Österreich
rund 15 Fachärzte für Psychiatrie- und Psychotherapeutische Medizin,
über 100.000 Einwohner.
In Deutschland sind das 21 und in der Schweiz 45.
Johannes Wandschatter sieht die Politik dringend gefordert.
Die Zahl der Ausbildungsstellen müsste erhöht werden.
Hinzu kommen aus seiner Sicht veraltete Ausbildungsregelungen,
etwa das 1 zu 1 Prinzip.
Das bedeutet, ein Facharzt bildet einen Jungmediziner aus.
Diese Regelung müsste aufgehoben werden.

[Transcript] Ö1 Journale / Frühjournal um 6 (26.09.2023)

Barbara Reichmann hat berichtet.
Und das war das Frühjournal mit Martha Georgiev.
Haben Sie einen angenehmen Vormittag mit Ö1.
Copyright WDR 2021